

Oswald: Forschung steuerlich fördern

Berlin - Trotz der schlechten Wirtschaftslage haben die deutschen Unternehmen ihre Forschungsausgaben mit 57,3 Milliarden Euro im Jahr 2009 nicht zurückgefahren. „Um aber die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum zu schaffen und um den Standort Deutschland zu stärken, müssen wir rasch eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung von Unternehmen zusätzlich zur Projektförderung einführen“, betont Eduard Oswald, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag. Dabei dürfe sich die steuerliche Forschungsförderung nicht auf kleine und mittelständische Unternehmen beschränken, sondern sie müsse Unternehmen aller Größenklassen gewährt werden.

Bisher beträgt der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt nur 2,5 Prozent, was, so Oswald, „eindeutig zu wenig ist“. Erfahrungen aus dem Ausland belegten, dass die steuerliche Forschungsförderung leicht zu handhaben sei. Deutschland dürfe nicht ins Hintertreffen geraten, da in fast allen wichtigen Industrieländern Forschung steuerlich gefördert werde. Nur so könne ein Standortnachteil beseitigt werden und Deutschland weltweit um Investitionen werben und nachhaltig Arbeitsplätze sichern. D.S.